

Erneuerbare Energien | 14.10.2022 | Lesezeit 2 Min.

Starthilfe für Windparks

In große neue Windparks zu investieren, birgt gewisse finanzielle Gefahren. Mit Förderinstrumenten wie Garantien senkt die EU die Risiken für Investoren. Doch in den Mitgliedsstaaten wird teils nur sehr verhalten auf die Hilfen zugegriffen. Vorn liegen vor allem Staaten mit ambitionierten Klimazielen.

Raus aus Kohle, Gas und Öl – das ist das erklärte Ziel der Europäischen Union. Der Ausbau von erneuerbaren Energien ist dazu essenziell. Große Infrastrukturprojekte wie Windparks können aber selten von einem Investor allein gestemmt werden. Vielmehr ist in der Regel ein Konsortium an einem solchen Projekt beteiligt, um die finanziellen Risiken auf mehrere Schultern zu verteilen.

Die EU fördert die Transformation zusätzlich mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSD) und seinem Nachfolger InvestEU. Die Gelder, darunter Garantien gegen Kreditausfälle, stellt die Europäische Investmentbank (EIB) bereit. So wird das Risiko für private Investoren verringert und – so die Hoffnung der EU – insgesamt mehr Kapital für neue Projekte eingesetzt.

Die unterschiedlichen Bestrebungen der EU-Länder zur Energiewende spiegeln sich durchaus in den beantragten Fördermitteln wider.

Das Förderprogramm hat bereits Erfolge erzielt. Für die Finanzierung von sechs Windparks in Deutschland wurden zum Beispiel Kredite der EIB in Höhe von fast 2,2

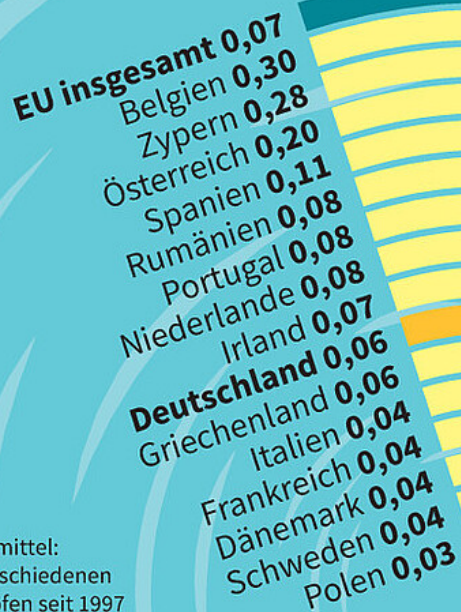
Milliarden Euro genutzt und durch weiteres privates und öffentliches Kapital ergänzt.

In absoluten Zahlen ruft Deutschland viel Budget ab. Gemessen an der eigenen Wirtschaftsleistung liegt die Bundesrepublik aber unter dem EU-Schnitt (Grafik):

Deutschland hat EU-Mittel in Höhe von 0,06 Prozent des eigenen BIP zur Finanzierung von Windparks genutzt. Spitzenreiter Belgien kommt auf 0,3 Prozent.

EU-Gelder für Windenergie: Belgien ruft verhältnismäßig viel ab

Bei der Europäischen Investitionsbank abgerufene Fördermittel für Windparks
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2021



Fördermittel:
aus verschiedenen
EU-Töpfen seit 1997

Quellen: Europäische Investitionsbank, Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Mit Belgien und Österreich liegen zwei Länder unter den Top-Nationen, die ambitioniertere Klimaziele haben als viele andere EU-Mitglieder. Die Belgier wollen spätestens 2050 vollständig auf fossile Energieträger verzichten. Österreich setzt stark auf Wasserkraft und Biomasse und schaffte es so, im Jahr 2020 rund 84 Prozent der Primärenergieerzeugung mit erneuerbaren Energien abzudecken.

Vergleichsweise wenig EU-Fördermittel für den Bau von Windparks rufen Frankreich und Italien mit jeweils 0,04 Prozent des eigenen BIP ab. Die Franzosen setzen in ihrer Energiepolitik vor allem auf Kernkraft (s. Artikel ["Atomkraft: Zwischen Auslaufmodell](#)

und leuchtender Zukunft"). 56 Atomkraftwerke sind dort aktuell im Einsatz.

Nicht außer Acht lassen darf man bei der Bewertung die geografischen Voraussetzungen. Länder mit Meerzugang haben potenziell mehr Möglichkeiten, groß angelegte Offshore-Windparks zu bauen. Dennoch lässt sich festhalten, dass sich die unterschiedlichen Bestrebungen der EU-Länder zur Energiewende durchaus in den beantragten Fördermitteln widerspiegeln.

Kernaussagen in Kürze:

- Die EU stellt für den Bau von Windparks Fördermittel und Garantien zur Verfügung.
- Umgerechnet auf das eigene BIP hat Belgien die meisten Gelder beantragt, Deutschland liegt knapp unter dem EU-Durchschnitt.
- Vergleichsweise wenig EU-Fördermittel für den Bau von Windparks rufen Frankreich und Italien ab.